

Niederschrift

über die 19. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung gemeinsame Sitzung des
Planungsausschusses und des Bau- und Umweltausschusses der Stadt Schortens

Sitzungstag: Mittwoch, 18.09.2013

Sitzungsort: Bürgerhaus Schortens, Weserstraße 1

Sitzungsdauer: 17:00 Uhr bis 18:55 Uhr

Anwesend sind:

Planungsausschuss:

Ausschussvorsitzender
RM Dieter Köhn

Ausschussmitglieder

RM Anne Bödecker

Vertretung für Herrn RM Thomas
Labeschautzki

RM Michael Fischer

RM Elena Kloß

RM Elfriede Schwitters

RM Ralf Thiesing

RM Frank Vehoff

RM Andrea Wilbers

RM Karl Zabel

Gast:

RM Prof.-Dr. Hans Günter Appel

Bau- und Umweltausschuss:

Ausschussvorsitzender

RM Joachim Müller

Ausschussmitglieder

RM Heide Bastrop

Vertretung für Herrn
RM Bernhard Jongebroed

RM Kirsten Kaderhandt

RM Elena Kloß

RM Dieter Köhn

RM Anne Krüger

RM Ralf Thiesing

RM Karl Zabel

Vertretung für Herrn RM Thomas Eggers

Von der Verwaltung nehmen teil:

Bürgermeister Gerhard Böhling

StA Anke Kilian

TA Detlef Otten

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende RM Köhn begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

3. Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird wie vorliegend festgestellt.

4. Genehmigung der Niederschrift vom 12.06.2013 (BauUA) - öffentlicher Teil

Die Niederschrift wird genehmigt.

5. Genehmigung der Niederschrift vom 14.08.2013 (PA) - öffentlicher Teil

Die Niederschrift wird genehmigt.

6. Einwohnerfragestunde

Es werden keine Anfragen gestellt.

7. 2. Quartalsbericht 2013 Teilhaushalt 21 - Bauen **SV-Nr. 11//0808**

BM Böhling stellt dar, dass die gebuchten Ist-Werte, die bis 30.06.2013 veranschlagten Plan-Werte um knapp 124.000,00 € unterschreiten, da der Haushalt erst kürzlich genehmigt worden ist und somit bislang keine neuen Investitionen getätigt werden konnten. Ferner werden die in der Sitzungsvorlage erwähnten Ziele erläutert.

Auf die Frage von RM Kaderhandt, wofür die Abkürzung PSP- Element steht, wird wie folgt Stellung genommen:

Der Begriff PSP-Element ist eine systembezogene Bezeichnung der SAP Aktiengesellschaft (Softwarehersteller) und bedeutet Projektstrukturplan-Element. In der Doppik taucht dieser Begriff nicht auf.

8. Haushalt 2014 - Teilhaushalt Bauen (THH21) **SV-Nr. 11//0831**

TA Otten erläutert, dass sich der Beschlussvorschlag in drei Teile gliedert. Zunächst wird der Ergebnishaushalt für jedes Produkt einzeln dargestellt.

RM Thiesing gibt den Hinweis, dass das Produkt Gebäudemanagement doch eigentlich nicht leer sein dürfte, da ab 01.01.2014 dort bereits Personal eingesetzt wird.

BM Böhling erläutert, dass bereits personelle Maßnahmen umgesetzt wurden, die Zahlen auch schon im Budget stehen und dass nun noch eine Verschiebung in das Produkt Gebäudemanagement stattfinden muss. Bis zum Finanzausschuss sei das geschehen.

RM Thiesing legt dar, dass er das Wort „Bauberatung“ verwirrend findet, da die Beratung doch auch unter den Begriff „Bauordnungsaufgaben“ gefasst werden könnte. Er regt an, zu überdenken, den Begriff zukünftig wieder mit aufzunehmen.

RM Wilbers fragt an, wieso bei dem Produkt „Bau/Unterhaltung Straßen, Wege, Plätze“ die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen ansteigen. TA Otten erläutert, dass es sich hierbei um die jährliche Preissteigerungsrate handelt.

RM Vehoff merkt an, dass die Aufwendungen für aktives Personal hier sprunghaft ansteigen. BM Böhling erläutert, dass das die Kosten für den geplanten Klimaschutzbeauftragten sind. RM Wilbers fragt nach, wieso die Summe der ordentlichen Erträge im Jahr 2017 so gering ausfällt. TA Otten erklärt, dass in dieser Summe für 2017 noch nicht alle Beträge, z.B. die Abschreibungen enthalten sind.

RM Thiesing wirft die Frage auf, was die Stadt außer der Reihe reinigt. TA Otten erläutert, dass der Bauhof z.B. auch Grünbeete und Bushaltestellen säubert. Auf Anfrage von RM Prof. Dr. Appel stellt BM Böhling klar, dass es kein städtisches Personal im Umweltzentrum gibt.

Im weiteren Verlauf stellt TA Otten den Finanzhaushalt vor und erläutert, dass die Positionen „Abwasser“ und „Kanalsanierung“ ab 01.01.2014 in den Haushalt des Eigenbetriebs übergehen werden. RM Thiesing fragt nach, ob die Kosten, die für eine Wiederherstellung der Straße entstehen, wenn ein Kanal saniert wurde, auch dem Budget des Eigenbetriebs zugerechnet werden. TA Otten bestätigt dies, da ohne die Kanalsanierung die Straße ja nicht erneuert worden wäre. RM Fischer merkt an, dass seiner Meinung nach dem Gebührenzahler nicht die Kosten für die Wiederherstellung der Straße in Rechnung gestellt werden könne, sofern in erster Linie die schlechte Straße saniert wird und in diesem Zuge der Kanal mitgemacht werde. BM Böhling verweist hier auf die aktuelle Rechtsprechung und stellt klar, dass nur dem Gebührenhaushalt zugerechnet wird, was auch rechtlich zulässig ist.

Auf Nachfrage von RM Bödecker, ob der Ausbau der K 95 für das Jahr 2014 geplant sei, bestätigt TA Otten dies und merkt an, dass weitere Verschiebungen möglich sind. BM Böhling ergänzt, dass der Ausbau eigentlich schon für 2013 vom Landkreis vorgesehen war, aber aufgrund von fehlenden Zuschüssen nicht durchgeführt werden konnte.

RM Thiesing bemerkt, dass die in der Investitionsliste Bauen unter dem Produkt 11.000297.500 bisher bereitgestellten 45.000,00 € in der Priori-

tätenliste nicht aufgeführt werden.

Als Erklärung im Nachgang zur Sitzung merkt die Verwaltung Folgendes an:

Die Liste „Investitionsprogramm Bauen THH 21, 2014-2017“ ist insofern verwirrend, als dass das System SAP eine Spalte „bisher bereitgestellt“ abdruckt, ohne dass bisher Mittel bereitgestellt wurden. Die in der Zeile I1.000182.500 Bau K 95, Umlegung, Kostenbeteiligung aufgeführten 200.000,00 € in der Spalte „bisher bereitgestellt“, sind entgegen der ursprünglichen Planung wieder aus dem Nachtrag herausgenommen worden. Der Nachtrag ist jedoch noch nicht verabschiedet, so dass hier eine parallele Buchung im System erfolgt.

Ebenso verhält es sich beim Produkt I1.000297.500, Umlegung K 95, Straßenbeleuchtung.

In diesem Zusammenhang weist BM Böhling darauf hin, dass es seitens der Verwaltung Überlegungen gibt ein übersichtlicheres System, als SAP es ist anzuschaffen.

RM Fischer erkundigt sich, wie weit die Gespräche mit der Stadt Wilhelmshaven in Bezug auf den Radweg Sillenstede sind. RM Fischer spricht sich dafür aus, dass die Stadt sich im Rahmen einer freiwilligen Leistung beteiligt, sofern auch der Landkreis signalisiert sich beteiligen zu wollen. RM Fischer hält den Ausbau für wichtig, zumal dort auch schon tödliche Unfälle passiert seien.

Ausführung der Verwaltung:

Laut Beratung vom 18.09.2013 sollten weitere Informationen hinsichtlich der Kostenbeteiligung des Landkreises und der Stadt Wilhelmshaven eingeholt werden. Der Landkreis kann laut Rückfrage, nach dem derzeitigen Stand, keine weitere Kostenbeteiligung in Aussicht stellen. Die Anfrage an die Stadt Wilhelmshaven kann aufgrund der Abwesenheit dortiger Mitarbeiter erst in der nächsten Woche beantwortet werden.

Auf die Frage, worauf sich die Ansätze für Straßenbeleuchtung beziehen, entgegnet TA Otten, dass die Straßenbeleuchtungskabel gleich unter dem Gehweg liegen und der Gehweg im Bedarfsfall in einem Zuge erneuert werde.

RM Fischer regt an, die Fragestellung, ob vor dem Pferdestall Schotter aufgefahren und Parkplätze errichtet werden soll, vorerst im Ausschuss zu erörtern. Hierüber besteht Einvernehmen.

RM Thiesing fragt an, warum ein derart hoher Betrag (10.000,00 €) für Straßenbeleuchtung allgemein in den Haushalt eingestellt wird. TA Otten erläutert, dass das ein realistischer Betrag sei. Für diesen Betrag werden jedes Jahr erforderliche Ergänzungen und Erweiterungen vorgenommen.

BM Böhling ergänzt hierzu, dass die Abstände nach DIN Vorschriften oft zu groß seien und daher nachgebessert werden müssen. Im Einzelfall wird das dann im Ausschuss beraten.

RM Thiesing merkt an, dass die Verwaltung für den Tiefbaubereich eine Bauprioritätenliste vorgelegt habe, für den Hochbaubereich aber nicht. Die Hochbaumaßnahmen sollten doch auch beraten werden. BM Böhling entgegnet, dass es im Baubereich keine Hochbaumaßnahmen

gibt. In den anderen Fachausschüssen werden diese Maßnahmen noch beraten. BM Böhling merkt an, dass es in Zukunft so sein wird, dass alle Maßnahmen im Rahmen des Gebäudemanagements beraten werden.

RM Wilbers fragt an, ob der halb fertige Eingang im Familienzentrum noch fertig gestellt wird. TA Otten erläutert, dass der Eingang mit Hilfe der Kreisvolkshochschule Wilhelmshaven im Rahmen eines Projektes, bei dem Jugendliche Sozialstunden ableisten müssen, fertig gestellt wird. Die Fertigstellung soll noch im Oktober erfolgen.

Der Ausschussvorsitzende, RM Köhn spricht noch einmal die Beteiligung der Stadt für den Radweg Sillenstede an. RM Thiesing entgegnet, dass er sich hierzu am heutigen Tag nicht abschließend äußern kann, sondern das erst in seiner Fraktion beraten möchte. Es herrscht Einvernehmen, dass dieser Punkt in der heutigen Sitzung zur Kenntnis genommen und in der nächsten Sitzung des PA am 26.09.2013 wieder zur Entscheidung vorgelegt wird.

TA Otten schlägt vor, einen Betrag in Höhe von 25.000,00 € mit in das Investitionsprogramm aufzunehmen, damit nach Herabstufung der B 210 alt zur Stadtstraße eine Anbindung an das Baugebiet Brauerwiesen hergestellt werden kann.

Im Anschluss erläutert TA Otten die möglichen Maßnahmen zur Haushaltssicherung.

RM Schwitters erkundigt sich, was eine Senkung des Standards bedeutet. BM Böhling erläutert, dass es möglich ist, anstatt Grünflächen zu mähen dort eine Blumenwiese auszusähen.

RM Vehoff erkundigt sich, was es bedeutet, dass eine Straßenausbausatzung denkbar sei. BM Böhling erläutert, dass die Verwaltung nicht hinter dem Vorschlag steht eine Straßenausbausatzung zu erlassen, hier lediglich die Möglichkeit aufzeigen möchte.

Es besteht Einvernehmen, dass der Vorschlag aus dem Beschlussvorschlag herausgenommen werden soll. Dies wird einstimmig, bei einer Enthaltung beschlossen.

RM Bödecker erkundigt sich nach den Personalkosten einer möglichen eigenen Pflasterkolonne. RM Thiesing entgegnet seine Bedenken, dass wir das Personal ja sowieso beschäftigen und daher im Ergebnis möglicherweise mehr gepflastert werden wird. Auf Nachfrage erläutert TA Otten, dass die erforderlichen Geräte beim Bauhof teilweise schon vorhanden seien. Die Frage, ob die Leute der Kolonne zusätzlich eingestellt werden müssten, wird bejaht. RM Vehoff merkt an, dass eine abschließende Entscheidung für oder gegen eine Pflasterkolonne nur unter Vorlage von Daten und Zahlen getroffen werden kann. RM Thiesing stimmt dem zu. RM Prof. Dr. Appel stellt fest, dass die Pflasterkolonne eingestellt werden müsste, somit auch Personalkosten verursache, wenn sie nicht gebraucht wird. Hierüber besteht Konsens.

Ferner fragt RM Prof. Dr. Appel an, ob es nicht ehrenamtliche Helfer geben könne, die bei der Pflege von Grünanlagen einspringen. BM Böhling erläutert, dass es bereits Vereinbarungen mit Paten zur Pflege

von Grünanlagen gibt. Es wurde bereits festgestellt, welche Flächen von Bürgern gepflegt werden können.

BM Böhling erläutert weiter, dass jedes Jahr Investitionen im Bereich der Weihnachtsbeleuchtung getätigt werden. Aber hier gibt es nicht mehr viele Möglichkeiten der Einsparung. RM Fischer spricht sich dafür aus, keine weitere Weihnachtsbeleuchtung anzuschaffen.

RM Bödecker fasst zusammen, dass es aus ihrer Sicht außer bei der Blumenwiese im Prinzip keine Möglichkeit der Einsparung mehr gibt. Es herrscht Einigkeit, dass diese Einsparung aber eher als gering zu betrachten ist.

Auch aus Sicht von BM Böhling sind die Möglichkeiten weiterer Einsparungen gering. Sparen könne man bei der Reduzierung der Beleuchtungszeiten und bei der Einführung einer Straßenausbauschonung. Beides ist aber nicht gewollt. In diesem Bereich bestehe somit keine Möglichkeiten mehr der Konsolidierung.

In der Sitzung herrscht Einvernehmen darüber, über alle Punkte zusammen zu entscheiden und den Beschlussvorschlag nun nicht auseinander zu dividieren.

Es ergeht somit folgender Beschluss:

Der Antrag wie formuliert wird zurückgestellt und erneut im Planungsausschuss am 26.09.2013 beraten. Die Verwaltung wird den noch zu beratenden Konsolidierungsvorschlag mit Zahlen belegen.

Sowohl die Ausschussmitglieder des Planungsausschusses, als auch die Mitglieder des Bau- und Umweltausschusses stimmen dem Antrag einstimmig zu.

9. Anfragen und Anregungen:

- 9.1. Abschließend regt RM Kaderhandt an im Rahmen der eventl. Neuanschaffung eines anderen Computersystems zu bedenken, dass die Software der Baumkartierung mit SAP kompatibel sei. BM Böhling entgegnet, dass das auch bei anderen Programmen der Fall sei. RM Thiesing bittet darum abzuklären, ob es technisch möglich ist die Spalte Gesamtinvestitionssumme bei der Haushaltsliste grau zu hinterlegen.

Anmerkung der Verwaltung: Die technische Möglichkeit bietet SAP nicht. Die Einfärbung müsste dann für jede Zelle händisch erfolgen.